



GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserin, lieber Leser,

zum Ende der Legislaturperiode ist es uns gelungen, wichtige Initiativen aus dem Bereich der Frauenpolitik zu verabschieden. Lesen Sie dazu die Beiträge unserer Berichterstatterinnen: Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB berichtet über Magersucht auf Seite 7, Michaela Noll MdB über die Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet sowie Ute Granold MdB zur Reform des Zugewinnausgleichs auf Seite 5.

Auch hat sich die CDU/CSU-Fraktion mit einem Kongress der Situation ländlicher Räume gewidmet. Julia Klöckner MdB berichtet auf Seite 6.

Für unsere Rubrik „3 Fragen an...“ konnten wir diesmal Brigitte Scherb gewinnen, Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbands. Lesen Sie ihre Antworten auf Seite 2.

Es bleibt mir, mich für Ihr Interesse an unserer Arbeit in der dieser Legislaturperiode zu bedanken – ich freue mich auf ein Wiedersehen nach der Bundestagswahl im September!

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihre

Ingrid Finkbach

Neuregelung bei Spätabtreibungen verabschiedet

Eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes war unabdingbar, um endlich die Praxis so genannter Spätabtreibungen zu verbessern. Nur auf diesem Wege können sowohl das Leben des ungeborenen Kindes geschützt als auch betroffene Eltern unterstützt werden.

Die gesetzlichen Änderungen des Schwangerschaftskonfliktgesetzes verbessern die Situation von Eltern, die sich nach einem schweren pränataldiagnostischen Befund in einer existentiellen Krise befinden. Diese Eltern brauchen eine umfassende Beratung, die über den medizinischen Befund hinausgeht und ihre persönliche Situation mit ihren Sorgen und Ängsten in den Blick nimmt. Natürlich gilt auch beim Beratungskonzept, dass das Recht der Betroffenen auf Nichtwissen gewahrt bleiben muss. Damit die schwerwiegende Entscheidung über das weitere Vorgehen nicht unter Zeitdruck gefällt werden muss, wurde eine Mindest-Bedenkzeit von drei Tagen eingeführt.



3 Fragen an... Brigitte Scherb

Brigitte Scherb
Präsidentin des
Deutschen
LandFrauenverbands

1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Solange Frauen in ihren Lebensentwürfen und ihrem Verständnis von Gleichstellung immer noch an gläserne Decken stoßen, ist und bleibt Frauenpolitik ein sehr brisantes Thema. In unserem Land gibt es heute viele gut ausgebildete und fähige Frauen. Das ist zweifellos ein Gewinn. Als Gesellschaft können wir es uns schlicht nicht mehr leisten, auf dieses Know-how zu verzichten. Und genau an dieser Stelle muss moderne Frauenpolitik ansetzen. Sie muss ein Umdenken in allen Bereichen unseres Lebens begleiten und all jenes, worüber es in Sachen Gleichberechtigung längst allgemeinen Konsens gibt, auch praktisch umsetzen. Wenn sich nichts bewegt, dann geht aus meiner Sicht leider auch kein Weg an der Quote vorbei. Um heute kluge zukunftsfähige Entscheidungen treffen zu können, braucht es die Sichtweisen von Frauen und Männern gleichermaßen. Das gilt für die Politik, für die Wirtschaft und für den Alltag in der Familie.

2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Moderne Familienpolitik muss vor allem die ganze Familie im Blick haben. Wir sprechen von Vereinbarkeit von Beruf und Familie und meinen dabei die Mütter. Mit Wahlfreiheit hat das nicht viel zu tun. Denn viele Maßnahmen sind zwar darauf gerichtet, dass Frauen heute beides können: Kinder und Karriere. Für die Väter ändert sich allerdings nur wenig. Jede Familie muss aber die Möglichkeit haben, sich für ihr Lebensmodell partnerschaftlich entscheiden zu können. Das bedeutet auch, dass die Gesellschaft neue Rollenbilder akzeptiert. Voraussetzung ist hierbei, dass Männer und Frauen gleich bezahlt werden und die gleichen Chancen im Job haben. Wenn Frauen per se in Beruf und Karriere benachteiligt sind, werden sie auch weiterhin den Großteil der Familienarbeit tragen müssen. Das hat Konsequenzen für die soziale Sicherungssysteme, führt zu Abhängigkeiten und Altersarmut. Deshalb muss moderne Familienpolitik für mich weit in die Gesellschaft hineinwirken. Ein Umdenken ist dringend erforderlich, damit Kinder wieder richtig willkommen, eine Bereicherung für das Leben und kein Armutrisiko sind.

3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?

Ich wünsche mir von der Gruppe der Frauen, dass sie ihren Mut behält und auch weiterhin das Wort ergreift. Die Solidarität der Frauen untereinander kann viel bewirken, auch über Parteigrenzen hinweg. Wir müssen uns gegenseitig unterstützen und miteinander reden. Ermutigen Sie Frauen, es Ihnen gleich zu tun und den Schritt in die Politik zu wagen. Sagen Sie es aber auch Ihren männlichen Politikkollegen, dass auch sie sich ändern und bewegen müssen, wenn wir Frauen ihnen weiter vertrauen sollen.

Zur Person

Brigitte Scherb ist seit 2007 Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes, seit 1994 ist sie Mitglied im Landesvorstand der LandFrauen Niedersachsen-Hannover, dem sie seit 2002 vorsteht. Den Deutschen LandFrauenverband vertritt sie in zahlreichen Gremien der landwirtschaftlichen Verbände wie etwa dem Deutschen Bauernverband, dem Deutschen Raiffeisenverband oder der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft – oft als einziges weibliches Mitglied.

Brigitte Scherb ist Jahrgang 1954 und bewirtschaftet mit Ihrem Mann den gemeinsamen Hof in Bredelem im Landkreis Goslar, seit 1993 ist sie ebenfalls Geschäftsführerin des Gewässerunterhaltungsverbandes Obere Innerste.

Fischbach: Frauen vor Zwangsverheiratung schützen

Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 28. April darüber debattiert, wie Mädchen und Frauen besser vor Zwangsverheiratungen geschützt werden können. Dazu erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Frauen – und Männer – müssen besser vor Zwangsverheiratungen geschützt werden. Mit einem europaweiten Abkommen könnte der Schutz deutlich verbessert werden. In Deutschland sind gerade Migrantinnen und Migranten aus der Türkei von Zwangsverheiratungen bedroht, daher ist eine Initiative des Europarats – in dem auch Parlamentarier aus der Türkei sitzen – ein erfolgversprechender Ansatz! Daneben müssen aber auch die nationalen Regelungen noch einmal überdacht werden. So wäre die Einführung eines eigenen Straftatbestands "Zwangsverheiratung" im Strafgesetzbuch vorstellbar, um den Unrechtscharakter von Zwangsverheiratungen klar und eindeutig herauszustellen und die Zwangsverheiratung wirksam ahnden zu können.

Wir haben bisher schon im Bereich des Aufenthaltsrechtes wichtige Änderungen zur Stärkung von Migrantinnen bewirkt, die helfen, Zwangsverheiratungen präventiv und effizient zu verhindern. Dazu gehört die Heraufsetzung des Nachzugesalters für Ehegattinnen und Ehegatten auf 18 Jahre, ebenso wie das Erfordernis des Nachweises einfacher deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise nach Deutschland. Frauen, die ihrem Ehepartner nach Deutschland folgen, sollen sich selbständig in der deutschen Gesellschaft zurechtfinden können.

Fischbach: Frauenquoten in arabischen Ländern bringen politische Gleichberechtigung

Im ägyptischen Parlament wird für die Wahl im nächsten Jahr eine Frauenquote von 12,5 Prozent eingeführt; In Marokko führte die Frauenquote bei den Kommunalwahlen dazu, dass 3.408 Frauen in Stadträte gewählt wurden. Dazu erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Frauen sind in arabischen Parlamenten extrem unterrepräsentiert. Daher begrüße ich die Frauenquote, die in Ägypten nach dem Parlamentswahlen im nächsten Jahr in Kraft treten soll und in Marokko schon für die gerade abgehaltene Kommunalwahl galt. Mit politischen Mandaten können Frauen ihre Rechte selber gestalten und mitbestimmen. Damit haben sie dann auch die Chance, die Situation für Frauen und Mädchen insgesamt entscheidend mit zu beeinflussen – und so einen weiteren Grundstein für die Gleichberechtigung der Frauen in arabischen Ländern zu legen.

Bisher gibt es im ägyptischen Parlament neun weibliche Abgeordnete. Mit der Quote stehen demnächst 64 Sitze im Unterhaus weiblichen Abgeordneten zu. Die Zahl der Sitze wird dazu insgesamt von 454 auf 518 erhöht.

In Marokko müssen alle Parteien zwölf Prozent ihrer Mandate Frauen überlassen. Damit sitzen jetzt etwa 3.400 Frauen in den Gemeinderäten des Landes. Bislang waren es lediglich etwa 130 Politikerinnen.

Postkarten-Aktion: „Ihre Meinung zählt!“

Von Maria Böhmer, MdB

Unter dem Motto „Ihre Meinung zählt!“ hat die Frauen Union Postkarten gestaltet, die von FU-Frauen und interessierten Bürgerinnen ausgefüllt werden sollen. Wir wollen wissen: „Welche frauen- und familienpolitischen Themen soll Bundeskanzlerin Angela Merkel vorrangig anpacken? Was ist Ihnen persönlich besonders wichtig?“. In den FU-Kreisverbänden ist die Kampagne am Muttertag angelaufen. Ziel dieser bundesweiten Aktion ist es, interessierte Bürgerinnen zu Wort kommen zu lassen und ihnen die Chance zu geben, ihre persönlichen Vorschläge und Ideen in die Arbeit der Frauen Union und der CDU insgesamt einzubringen.



Maria Böhmer
Bundesvorsitzende
der Frauen Union

Die ausgefüllten Postkarten sollen bis zum 20. Juli an die Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands in Berlin zurückgeschickt werden. Die Rückmeldungen der Postkartenaktion fließen in den „Duisburger Aufruf“ ein, den wir im Rahmen unserer „Frauen-für-Merkel“- Veranstaltung am 16. August 2009 an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben werden.

Herangezogene Entwicklungszusammenarbeit der Frauen Union der CDU Deutschlands, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin

Absender:

Bitte ausreichend frankieren.

Bitte zurücksenden per Post,
per Fax unter 030 23070439,
oder per E-Mail: fu@cdw.de

Ihre Meinung zählt!

- **Frauen** sind eine starke Kraft in Deutschland. Die Mehrheit der Wahlberechtigten ist weiblich. Nutzen Sie im Superwahljahr 2009 Ihre Chance, Einfluss zu nehmen. Beziehen Sie Position und gehen Sie wählen.
- **Wir** – das sind die Frauen in der CDU, die Frauen Union.
- **Wir** treten für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein.
- **Wir** wollen starke Familien in einer menschlichen Gesellschaft.
- **Sie** haben die Wahl. Gestalten Sie mit. Es ist auch Ihre Zukunft!

Frauen Union der CDU
Deutschlands
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhofstraße 8
10785 Berlin

Ihre Meinung zählt! – Schreiben Sie uns:

<p>Welche frauen- und familienpolitischen Themen soll Bundeskanzlerin Angela Merkel vorrangig anpacken?</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p>	<p>Was ist Ihnen persönlich besonders wichtig?</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p>
---	--

Diskutieren Sie mit uns: Am 16. August 2009 übergeben wir Ihre Stellungnahme im Rahmen unserer „Frauen-für-Merkel“-Veranstaltung in der Duisburger Mercatorhalle an Bundeskanzlerin Angela Merkel. **Sie sind herzlich willkommen!**

Über die Homepage der Frauen Union www.frauenunion.de besteht die Möglichkeit, sich online an der Aktion zu beteiligen.



Michaela Noll

Bekämpfung von Kinderpornografie

Von Michaela Noll, MdB

Im Plenum haben wir am 18. Juni das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen (Zugangsschwerungsgesetz) verabschiedet. Im Vorfeld hatte es heftige Debatten über die Inhalte des Gesetzes gegeben. Dabei sollte eines nicht vergessen werden: Kinderpornographie ist ein weltweiter, äußerst lukrativer Markt. Trotz nationaler und internationaler Anstrengungen, Täter zu fassen und Webseiten, die kinderpornographische Bilder zeigen, zu schließen, bleiben diese Angebote im Internet oft über Jahre abrufbar. Im Focus des Gesetzes stehen deswegen der Tatort Internet und der Missbrauch, der über dieses Medium sichtbar wird. Es geht um Kinder, die erniedrigt und gequält werden, oft von den eigenen Eltern und Verwandten.

Im Rahmen einer Anhörung haben wir die wesentlichen Kritikpunkte des Gesetzentwurfes hinterfragt und diesen optimiert. So bleibt unser Grundsatz: "Löschen vor Sperren". Oberste Priorität wird weiterhin sein, kinderpornographische Inhalte in Kooperation mit den Providern aus dem Netz zu entfernen. Die Sperren greifen nur, wenn wir gegen die Inhalte nicht oder nicht zeitnah vorgehen können. Ein unabhängiges Kontrollgremium wird die vom BKA erstellten Listen überprüfen. Personenbezogene Daten von Nutzern, die auf Stopp-Seiten gelangen, werden nicht zur Strafverfolgung erfasst, darauf hatte die Union von Beginn an gedrängt. Hochmotivierte Pädosexuelle werden wir mit den Sperrmaßnahmen nicht vom Konsum der Kinderpornographie abhalten können. Aber bei der wesentlich größeren Gruppe der durchschnittlichen Pädosexuellen, der Neugierigen, können die Sperren mit ihrem „Stopp-Signal“ einen wirksamen Beitrag dazu leisten, Karrieren vom Konsum kinderpornographischer Darstellungen hin zum tatsächlich unmittelbaren sexuellen Missbrauch an Kindern zu unterbrechen. Das nun verabschiedete Spezialgesetz lässt keinen Zweifel mehr daran, dass es uns nicht um Zensur geht, sondern um Prävention – um den Schutz von Kindern. Als Familienpolitikerin begrüße ich es sehr, dass wir den Kinderschutz kurz vor dem Ende der Legislaturperiode noch einmal in den Vordergrund gestellt haben. Das beweist erneut: Der Kinderschutz ist bei uns in guten Händen!

Mehr Transparenz beim Zugewinnausgleich

Von Ute Granold, MdB

Die Reform des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts bedeutet einen wichtigen Schritt zu mehr Transparenz bei der Aufteilung des gemeinsamen Vermögens nach einer Ehescheidung. Da heute jede dritte Ehe geschieden wird, kommt dem Zugewinnausgleich fast 50 Jahre nach seinem Inkrafttreten eine hohe Bedeutung zu. Das Recht des Zugewinnausgleichs bestimmt, dass die Eheleute je zur Hälfte an den Vermögenszuwächsen aus ihrer Ehe - also dem Zugewinn - beteiligt werden. Er ist Folge des gesetzlichen Güterstandes der Zugewinnngemeinschaft, in dem die Mehrzahl der Ehepaare leben.



Ute Granold

Durch die Reform wird in Zukunft ein fairer und praxistauglicher Ausgleich möglich sein. Um etwa zu verhindern, dass in der Zeit zwischen Zustellung des Scheidungsantrages und Rechtskraft des Urteils Vermögen zu Lasten des Ehegatten abgezweigt wird, ist künftig der Berechnungszeitpunkt „Rechtshängigkeit des Scheidungsantrages“ nicht nur für die Berechnung des Zugewinns, sondern auch für die endgültige Höhe der Ausgleichsforderung maßgebend. Zudem wird der Schutz vor Vermögensmanipulationen bei Trennung und Scheidung u.a. durch einen neuen Auskunftsanspruch und eine Beweislastumkehr für illoyale Vermögensminderungen nach der Trennung verbessert. Darüber hinaus muss nach neuem Recht berücksichtigt werden, wenn in der Ehe Schulden aus der vorehelichen Zeit getilgt werden. Damit haben wir ein weiteres zentrales Vorhaben im Bereich des Familienrechts erfolgreich abschließen können.

Ländliche Räume stärken

Von Julia Klöckner, MdB

Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Attraktive Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen in ländlichen Räumen sind für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Anliegen. Die Union war, ist und bleibt der Anwalt des ländlichen Raumes, dieses Ziel haben wir auch im Rahmen unseres Kongresses „Zukunft der ländlichen Räume“ am 15. Juni 2009 in Berlin unterstrichen.



Julia Klöckner

Die Mehrheit der Deutschen wohnt und arbeitet in ländlichen Regionen. Umso wichtiger ist es, lebendige und lebenswerte Räume zu erhalten, die gerade jungen Menschen und Familien Perspektiven bieten, sowie die Versorgung der älteren und jüngeren Generation sicherzustellen. Dafür müssen wir alternative Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen fördern und eine flächendeckende medizinische, soziale Versorgung und eine moderne Infrastruktur, z.B. bei der Breitbandversorgung oder der Kinderbetreuung gewährleisten. Die ländlichen Räume sind auch Standort der Land- und Ernährungswirtschaft. Sie ist der Garant für eine sichere und hochwertige Versorgung der Verbraucher mit Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen. Unsere vielgestaltige Kultur- und Erholungslandschaft hat nur dadurch eine tragfähige Zukunft. Gerade Frauen setzen sich dabei im Rahmen vieler Projekte und Initiativen für ein gemeinsames Miteinander ein: Kochaktionen, ehrenamtliche Hilfe bei der Umsetzung der Mehrgenerationenhäuser, Unternehmerinnen-Tage - die Liste ist lang und vielschichtig. Der Einsatz von Frauen in ländlichen Räumen ist ein unschätzbare Bestandteil des kulturellen Lebens vor Ort, den es weiterhin zu bewahren gilt. Ohne Frauen verkümmern die ländlichen Regionen. Sie gilt es zu stärken.

Die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu dem Kongress ein Positionspapier vorgelegt. Darin werden die Ziele der Politik für die ländlichen Räume bejaht.

- Ja zu attraktiven Lebens-, Bildungs- und Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum.
- Ja zu einer Politik zur Unterstützung der ländlichen Räume und einer gleichwertigen Entwicklung mit den städtischen Gebieten.
- Ja zum weiteren Ausbau leistungsfähiger Datenleitungen als Voraussetzung für die Ansiedlung und den Verbleib klein- und mittelständischer Unternehmen sowie junger Familien im ländlichen Raum.
- Ja zu einer marktgerechten Entwicklungsmöglichkeit unserer Agrarwirtschaft.
- Ja zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau internationaler Ungleichbehandlungen.
- Ja zur Eindämmung des Verbrauchs wertvoller landwirtschaftlicher Nutzfläche durch branchenfremde Nutzung.
- Ja zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit der landwirtschaftlichen Produktion auch unter Beachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse ohne ideologische Vorfestlegungen.
- Ja zu einer klaren, qualitätssteigernden Kennzeichnung von Lebensmitteln und einer Verbraucherbildung vom Kindergarten an.

Das Positionspapier ist auf der Website der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter www.cducusu.de abrufbar.



Elisabeth Winkelmeier-Becker

Maßnahmen gegen die Magersucht

Von Elisabeth Winkelmeier-Becker, MdB

Das Thema Magersucht stellt ein gravierendes Problem mit erheblichen Ausmaßen dar. Das deutsche Institut für Ernährungsmedizin und Diätetik gibt an, dass in Deutschland fast 4 Millionen Menschen an gefährlichem Untergewicht leiden. Die Öffentliche Anhörung im Deutschen Bundestag am 13. Mai 2009 hat gezeigt, dass es ein ganzes Bündel von biologischen, psychosozialen und gesellschaftlichen Ursachen für die Krankheit gibt, die nicht nur auf ein durch Schlankheit geprägtes Schönheitsideal zurückzuführen sind. Hierzu zählt beispielsweise der Verlust von Alltags- und Familienstrukturen mit negativen Folgen auch auf regelmäßiges Essverhalten. Hinzu kommen psychische Aspekte wie ein geringes Selbstwertgefühl und der Wunsch, Kontrolle über den eigenen Körper zu haben.

Von daher war es richtig, sich auch im Parlament mit der Problematik zu befassen. Allerdings wurde bereits im Jahr 2007 von den Bundesministerien Gesundheit, Familie und Forschung die Initiative „Leben hat Gewicht“ initiiert, die Vieles hinsichtlich Sensibilisierung und Vorbeugung beim Problem Magersucht bewirkt hat. Die Initiative setzt sich zusammen mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – auch Modewelt und Medien sind mit einbezogen – für Prävention und Aufklärung ein. Auch von den Sachverständigen wurde bestätigt, dass diese Initiative ein guter Einstieg gewesen sei, das Problem bekannt zu machen und auf Informationsmöglichkeiten und Hilfe hinzuweisen. Darüber hinaus sind im Rahmen der Initiative Forschungsprojekte u.a. für Prävention und Aufklärung sowie zur Erstellung von Leitlinien in einem Umfang von 7 Millionen Euro finanziell gefördert worden. Von der Modebranche ist eine Selbstverpflichtungserklärung abgegeben worden, keine Magermodels einzusetzen und sich insgesamt zur gesellschaftlichen Verantwortung zu bekennen. Die Kampagne ist darüber hinaus eingebunden in den 13. Kinder- und Jugendbericht „Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen- gesundheitsbezogene Prävention und Gesundheitsförderung“, der insbesondere auf die Ganzheitlichkeit von Familie, Gesundheit und Bildung abgezielt.

Von den Sachverständigen wurde uns bestätigt, dass innerhalb der Gesundheitsberufe mittlerweile eine große Sensibilisierung der Mitarbeiter stattgefunden habe. Es gebe sehr gute Angebote von Beratungsstellen, die oft sehr professionell und auch über Internet gut erreichbar seien. Weiteren Handlungsbedarf, der aber zum Teil auch über die Initiative abgedeckt werde, gebe es im Bereich der niederschweligen Angebote und bei der Vernetzung von medizinischen Fachleuten, Lehrern und Erziehern. Diese Aspekte lassen sich allerdings nicht durch Bundesgesetze regeln, sondern vieles davon müsste zum Beispiel in Ausbildungsverordnungen aufgenommen werden und auf kommunaler Ebene geschehen.

Damit sind von Seiten der Bundesregierung und auch von Seiten des Gesetzgebers die wesentlichen Handlungsempfehlungen umgesetzt worden. Darüber hinaus sehe ich im Augenblick keinen konkreten Handlungsbedarf für den Bundesgesetzgeber. Wir sind aber gut beraten, dieses Problem weiter im Auge zu behalten und uns genau anzusehen, ob die bisherigen Maßnahmen zur Lösung des Problems tatsächlich beitragen können.

IMPRESSUM

Herausgeber
Dr. Norbert Röttgen MdB
Hartmut Koschyk MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ingrid Fischbach MdB
Redaktion: Miriam Rado (verantw.)
Telefon (030) 227 58957
Telefax (030) 227 56093
E-Mail: GruppederFrauen@cducsu.de
www.cducsu.de/gdf

Rückblick

Informationen über die vielen Themen, die die Gruppe der Frauen in dieser Legislaturperiode bearbeitet hat, finden Sie auf unserer Homepage. Erwähnenswert ist insbesondere unsere Broschüre „Erfolgreiche Politik für Frauen“. Diese ist neben allen Ausgaben unseres Newsletters auf unserer Internetseite www.cducsu.de/gdf abrufbar.

Abschied

Nicht alle Kolleginnen werden für den nächsten Bundestag wieder kandidieren. Mit Beendigung dieser Legislaturperiode müssen wir uns leider verabschieden von:



Renate Blank: seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und im Unterausschuss Eisenbahninfrastruktur



Antje Blumenthal: seit 2001 Mitglied des Deutschen Bundestages; Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Maria Eichhorn: seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 2005 Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 1994-2005 Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Ilse Falk: seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 2005 stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 2001-2005 Parl. Geschäftsführerin



Susanne Jaffke-Witt: seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages; Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und im Haushaltsausschuss



Dr. Eva Möllring: seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages; Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Marion Seib: Mitglied des Deutschen Bundestages 1996-1998, 2002-2005 und seit dem 08. November 2007; Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Vielen Dank für die engagierte Mitarbeit!